



Beschlüsse

des

24. Landesdelegiertentages
der Frauen-Union der CDU NRW

19. März 2011
in Solingen

Übersicht der Anträge
an den 24. Landesdelegiertentag der Frauen-Union NRW in Solingen

- A 1** Landesvorstand FU NRW **Gemeinsam den demographischen Wandel gestalten – Potentiale von Frauen nutzen – Chancen von Vielfalt erkennen**
- A 2** Bezirksvorstand FU Ruhr **Frauen in Führungspositionen**
- A 3** Bezirksvorstand FU Ruhr **Wiedereinstieg von Frauen in die Erwerbstätigkeit**

Beschluss **B 1**

Antragsteller: **FU Landesvorstand**

Betreff: **Gemeinsam den demographischen Wandel gestalten –
Potentiale von Frauen nutzen – Chancen von Vielfalt erkennen**

Der 24. Landesdelegiertentag der FU NRW hat am 19. März 2011 in Solingen beschlossen:

1.

Die Frauen-Union NRW fordert die Landesregierung und die CDU Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass:

- Unternehmen in NRW für die Einführung von Diversity als Unternehmensstrategie durch den Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu gewinnen;
- vorhandene Mentoring-Programme zur Förderung von Frauen in der Wirtschaft auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und weiterzuentwickeln;
- den Aufbau und die Arbeit von Netzwerken von Frauen in Führungspositionen zu unterstützen;
- Zielvereinbarungen mit der mittelständischen Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und in der Unternehmensnachfolge zu treffen;
- einen Aktionsplan zur Erweiterung des Berufsspektrums junger Frauen v.a. in Mint Berufen vorzulegen;
- vorhandene Programme zum Wiedereinstieg in den Beruf auszubauen und gemeinsam mit der Landesagentur für Arbeit Angebote zur Qualifikationsanpassung von Wiedereinsteigerinnen zu entwickeln;
- effektive Maßnahmen zum Abbau der Benachteiligung zugewanderter Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu ergreifen;
- in ihrem Einflussbereich eine paritätische Besetzung von Führungspositionen und Beratungsgremien sicherzustellen.

2. Die Frauen-Union NRW unterstützt die Initiative der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Erhöhung des Frauenanteils in Vorständen und Aufsichtsräten.

Darin wird die Bundesregierung aufgefordert:

- für alle börsennotierten Unternehmen ab 500 Mitarbeitern noch in diesem Jahr einen Stufenplan vorzulegen
- darin die Unternehmen aufzufordern, im Wege der Selbstverpflichtung den Anteil von Frauen in Führungspositionen bis zum Jahr 2014 auf mindestens 30 % zu steigern;
- regelmäßige Berichtspflichten vorzugeben;
- bei Nichterreichen der Zielvorgabe in diesem Zeitrahmen verbindliche Vorgaben für einen Mindestanteil von Frauen und Männern, die bis zum Jahr 2018 umgesetzt werden müssen, zu machen.
- Hierzu soll die Bundesregierung noch im Jahr 2011 dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorlegen.

3. Die Frauen-Union NRW fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf:

- kurzfristig gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative zu ergreifen mit dem Ziel, dass auf den Kandidatenlisten der Anteilseigner für Aufsichtsgremien mindestens 30 % Frauen stehen und hierfür entsprechende Datenbanken bzw. Kandidatinnenpools zu erstellen bzw. vorhandene zu nutzen;
- den Aufbau und die Arbeit von Netzwerken von Führungsfrauen zu fördern, die belegen, dass hinreichend qualifizierte Frauen für Führungsaufgaben zur Verfügung stehen;
- in der geplanten gesetzlichen Regelung wirksame Sanktionen bei Nichtbeachtung der Vorgaben vorzusehen;

- gemeinsam mit dem Verein „Frauen in die Aufsichtsräte“ ein Qualifikationsangebot für Führungsfrauen zu entwickeln;
- in ihrem Einflussbereich eine paritätische Besetzung von Führungspositionen sowie Beratungs- und Entscheidungsgremien sicherzustellen.

Begründung:

Der demographische Wandel ist in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Die Folgen einer älter werdenden und schrumpfenden Gesellschaft sind spürbar im sozialen Bereich, auf dem Arbeitsmarkt und in den Unternehmen. Fachkräftemangel, Pflagenotstand sind nur zwei Schlagworte. Es gilt, den demographischen Wandel aktiv zu gestalten, was ohne Frauen absolut nicht gelingen kann.

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit gehört heute zur selbstverständlichen Lebensplanung von Frauen und sie bringen durchweg sehr gute Bildungsvoraussetzungen mit.

Dennoch ist das Berufsspektrum von Frauen nach wie vor eingeschränkt, arbeiten zu viele Frauen in Teilzeit und Minijobs mit negativen Folgen für ihre Alterssicherung. Es ist in Deutschland bis heute nicht gelungen, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sicherzustellen, den Anteil von Frauen in zukunftsträchtigen Berufen z. B. im naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu steigern und den Frauenanteil in Führungspositionen in der Wirtschaft signifikant zu erhöhen.

Will Deutschland Wachstumsmotor bleiben, können wir es uns nicht länger leisten, das Potential der am besten ausgebildeten Frauengeneration, die wir jemals hatten, nicht oder nur unzureichend auszuschöpfen.

Es ist längst wissenschaftlich erwiesen und inzwischen unbestritten, dass gemischte Teams aus Frauen und Männern, jungen und älteren Mitarbeitern, zugewanderten und einheimischen die Kreativität und die Rendite von Unternehmen erhöhen.

Dennoch erhalten zu viele Berufsrückkehrerinnen über 40 keine Chance auf dem Arbeitsmarkt und zusätzlich während der Erziehungs- oder Pflegephase erworbene Kompetenzen werden ignoriert. Gerade auf diese Frauen dürfen und können wir nicht verzichten.

Dennoch werden zugewanderte Frauen, auch wenn sie über gute Bildungsabschlüsse verfügen, benachteiligt.

Dennoch muss so mancher mittelständische Betrieb wegen fehlender Nachfolge schließen, weil das Potential qualifizierter Frauen nicht genutzt wird.

Dennoch finden Initiativen global ausgerichteter Unternehmen, den Frauenanteil auf ihren Führungsetagen systematisch zu erhöhen, zu wenig Nachahmer. In den Vorständen der Dax-Unternehmen sowie in den Aufsichtsgremien sind Frauen in Deutschland so gut wie überhaupt nicht vertreten. Dies ist im internationalen Vergleich beschämend.

Die Frauen haben ihre Bildungschancen intensiv genutzt und mit den Männern gleichgezogen. Das Argument, es gebe zu wenig Frauen, zieht nicht mehr. Frauen wollen Verantwortung übernehmen.

Deutschland und NRW haben unter der CDU geführten Regierung die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den letzten Jahren durch einen massiven Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und Ganztagschulen erheblich verbessert und damit eine der größten Barrieren für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt reduziert.

Hinzukommen muss ein Klima der Wertschätzung und der Akzeptanz von Frauen in Führungspositionen. Dieses ist nach wie vor nicht gegeben, wie eine Sinus Studie aus dem Jahr 2010 feststellt. Männer fördern nach wie vor Männer.

Männer und Frauen in Führungspositionen sind immerhin gleichermaßen der Meinung, dass das Ziel „Mehr Frauen in Führungspositionen“ nicht von allein gelingt.

Unternehmen, die auf Diversity setzen, setzen auf Vielfalt von Kompetenzen, Vielfalt von Erfahrungen, Vielfalt von Ideen und Vielfalt von Perspektiven. Eine derartige Unternehmensstrategie führt zu mehr Gleichberechtigung, fördert die Integration, nutzt das Erfahrungswissen Älterer – Frauen wie Männer – und zahlt sich für die Unternehmen aus.



Beschluss: B 2
Antragsteller: Bezirksvorstand FU Ruhr
Betreff: Frauen in Führungspositionen

Der 24. Landesdelegiertentag der Frauen Union NRW hat 19.03.2011 in Solingen beschlossen:

Die Frauen Union NRW fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf:

- Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst maßgeblich erhöhen
- den zur Erreichung dieser Zielsetzung geplanten Stufenplan zügig umzusetzen
- dafür Sorge zu tragen, dass mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer in Führungspositionen geschaffen werden

Begründung:

Obgleich Frauen heutzutage durchschnittlich über höhere und bessere Bildungsabschlüsse verfügen als Männer, ist ihr Anteil an Führungspositionen in der Privatwirtschaft bei nur 27 Prozent und im öffentlichen Dienst bei 48 Prozent immer noch unterdurchschnittlich. Betrachtet man den Anteil von 30,8 Prozent Frauen in allgemeinen Leitungspositionen im europäischen Vergleich, so rangiert Deutschland hier auf Rang 11. Zahlen, die deutlich machen, dass trotz Bundesgleichstellungsgesetz und Vereinbarung der Bundesregierung mit der Privatwirtschaft zur Chancengleichheit akuter Handlungsbedarf besteht.

Lange und starre Arbeitszeiten sowie eine Präsenzkultur machen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Führungspositionen nahezu unmöglich. Die Schaffung von flexiblen Arbeitszeiten mit dem Ziel, mehr vollzeitnahe Teilzeitstellen – für Frauen und Männer – zu schaffen, ist daher mehr als notwendig.



Beschluss: B 3

Antragsteller: Bezirksvorstand FU Ruhr

Betreff: Wiedereinstieg von Frauen in die Erwerbstätigkeit

Der 24. Landesdelegiertentag der Frauen Union NRW hat am 19.03.2011 in Solingen beschlossen:

Die Frauen Union NRW fordert die CDU/CSU Bundestagsfraktion auf:

- Maßnahmen zu ergreifen, die den Wiedereinstieg von Frauen nach längerer Erwerbsunterbrechung besser und schneller ermöglichen

Begründung:

Der Wiedereinstieg von Frauen, insbesondere nach vorübergehender erziehungs- oder pflegebedingter Erwerbsunterbrechung, ist eine Herausforderung, die oftmals mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Maßnahmen wie das Aktionsprogramm der Bundesfamilienministerin „Perspektive Wiedereinstieg“, die Frauen dabei unterstützen, wieder in den Beruf zurückzukehren, sind daher zu begrüßen und weiter auszubauen.